

Heise, Arne: „European Governance: Institutionelle Reformen nach der Krise“ in: *Wirtschaftsdienst*, 91/2011.

Illing, Falk: „Einfluss der Finanzkrise auf Politik und Wirtschaft“ in Illing, Falk: „Deutschland in der Finanzkrise: Chronologie der deutschen Wirtschaftspolitik 2007–2012“, Wiesbaden 2013.

Karas, Othmar: „Globalisierung und Europa“, Antrittsvorlesung an der Donau-Universität Krems anlässlich der Verleihung der Ehrenprofessur, 2013.

Kopf, Christian: „Das europäische Finanzsystem nach dem Zypernprogramm“ in: *Wirtschaftsdienst*, 94 (3) / 2013.

Kröger, Jürgen: „Herausforderungen an die wirtschaftliche Koordination: die Auswirkungen der Finanzkrise und Anpassungsnotwendigkeiten in der Währungsunion“ in: Welfens, Paul J. J. (Hg.): „Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa“, Hamburg 2012.

Leibfried, Stephan et al.: „Wohin entwickelt sich die Europäische Union?“ in: *Wirtschaftsdienst* 6/2011.

Schackmann-Fallis, Karl-Peter: „Politische Schlussfolgerungen aus der Finanzkrise“ in: Pfingsten, Andreas (Hg.): „Ursachen und Konsequenzen der Finanzkrise“, Wiesbaden 2012.

Schuman, Robert: Rede zur Gründung einer Kohle- und Stahlgemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich 1950.

Sinn, Hans-Werner: „Die Europäische Fiskalunion: Gedanken zur Entwicklung der Eurozone“ in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 13/2012.

Vetter, Stefan: „Alle Wege führen in die Fiskalunion. Optionen für mehr fiskalische Integration in der Eurozone“ in: *Vierteljahresheft zu Wirtschaftsforschung*, 4/ 2010.

Weidenfeld, Werner: „Ein neues Europa? Analyse zu den Zukunftskonstellationen des Kontinents“ in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 5/2012.

Reinhold Lopatka

Perspektiven für Europa

Vor der Formulierung einer Zukunftsvision für Europa sollte zunächst der Blick zurück in die Geschichte gehen. Die Umsetzung der Idee des französischen Außenministers Robert Schuman, Frieden und Stabilität durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zu schaffen, war nur im Kontext der zwei verheerenden Weltkriege, die unvorstellbares Leid über Europa gebracht haben, möglich. Im Ersten Weltkrieg verloren 17 Millionen Menschen ihr Leben, der Zweite Weltkrieg forderte weltweit 60 Millionen Opfer. Militärische Auseinandersetzungen prägten die Beziehungen zwischen den europäischen Mächten. Auch heute gibt es Auseinandersetzungen in Europa, aber diese werden am Verhandlungstisch und nicht am Schlachtfeld ausgetragen. Noch nie hat es eine so lange Periode des Friedens in Europa gegeben wie seit der Gründung der Europäischen Union. Die EU ist ein geglücktes Friedensprojekt, allein deshalb hat sie den Friedensnobelpreis 2012 zu Recht erhalten.

Die Idee für ein gemeinsames, friedliches Europa geht weiter zurück als der Schuman-Plan aus 1950. Geprägt von den verheerenden Ereignissen des Ersten Weltkrieges verfasste der Europa-Visionär Graf Richard Coudenhove-Kalergi im Jahr 1922 ein Manifest für die Errichtung einer paneuropäischen Republik,¹ ein Jahr bevor er sein Buch „Pan-Europa“ veröffentlichte. Seine Vision basiert auf der Tatsache, dass der Krieg die Gliederung der Welt verändert hat, und dass das alte System der Großmächte einem neuen System von Weltmächten weichen muss. Coudenhoves These lautete: Entweder schließen sich die Staaten Europas zu einem Überstaat zusammen, oder sie gehen politisch, wirtschaftlich und kulturell zugrunde. Er verglich das ungeeinte Europa mit dem im 19. Jahrhundert zersplitterten Deutschland, das in seiner Fragmentierung nicht erfolgreich gewesen war.

¹ Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus, 1922: „Plan für die Errichtung einer paneuropäischen Republik“ in: *DiePresse.com*, 165 Jahre Jubiläumsausgabe vom 29.06.2013, http://diepresse.com/home/165jahre/1424436/1922_Plan-fuer-die-Errichtung-einer-paneuropaeischen-Republik?direct=1424436&_vl_backlink=/home/165jahre/1424440/index.do&selChannel=2969 (12.09.2013).

Als größtes Hindernis für ein „Paneuropa“ sah Coudenhove-Kalergi die deutsch-französische Rivalität, die überwunden werden musste. Drei Jahrzehnte später, 1951, wurde mit der Gründung der „Montanunion“ (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS) ein Grundstein in Richtung Coudenhove-Kalergis „Paneuropa“ gelegt. Als wesentliche Merkmale dieses Staatenbundes sah er ein republikanisches Europa – frei nach innen, einig nach außen, getragen von Solidarität und Gleichgewicht. Grundvoraussetzung seien ein europäisches Gemeinschaftsgefühl und die Überwindung des vorherrschenden Nationalismus. Coudenhove-Kalergi hat die Voraussetzung für dauerhaften Frieden in Europa erkannt und in einem knapp einseitigen Artikel die wesentlichen Merkmale und Grundvoraussetzungen der heutigen EU beschrieben.

Inzwischen ist die Europäische Union Realität geworden. Seit ihrer Gründung hat sich die EU laufend hinsichtlich Vertiefung und Erweiterung weiterentwickelt. Nach zahlreichen Erweiterungsrounds ist die Zahl der ursprünglich fünf Mitgliedstaaten auf 28 angewachsen, viele davon ehemalige Ostblockstaaten, die noch vor wenigen Jahren durch den Eisernen Vorhang vom demokratischen Europa getrennt waren. Auch in inhaltlicher Hinsicht hat es seit der EGKS eine stete Weiterentwicklung gegeben – von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Gemeinschaft, die inzwischen auch über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfügt. Mit mehr als 500 Millionen Menschen ist die EU heute ein bedeutender globaler Akteur.

Die EU als wirtschaftlicher Riese

Die EU hat eine weltweit herausragende Position aufgrund ihrer Wirtschaftsleistung. Wir erwirtschaften mit knapp sieben Prozent der Weltbevölkerung nach wie vor fast 25 Prozent des weltweiten Brutto-sozialproduktes. Aber Europa ist mehr als Wirtschaftsleistung: 50 Prozent der weltweiten Sozialleistungen werden in der EU erbracht.² Wir haben in Europa ein Sozial- und Gesundheitssystem, das es zu erhalten gilt. Dieses europäische Lebensmodell ist in der Menschheitsgeschich-

² Merkel, Angela: Rede beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum Davos, Davos 2013 in: <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html> (12.09.2013).

te einzigartig. Aber um diese Sozialleistungen finanzieren zu können, muss Europa vor allem eines sein: wettbewerbsfähig. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hatte und hat massive Auswirkungen auf Europa und war eine harte Probe für das europäische Gefüge. Die Krise hat schonungslos bestehende Mängel in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik offengelegt und insbesondere Fehler der Euro-Einführung, die in wirtschaftlich guten Zeiten erfolgte, vor Augen geführt. Mit den Maastricht-Kriterien haben wir klare Regeln für die gemeinsame Währung, die jedoch nicht eingehalten wurden. Allzu oft wurde ein Auge zugeedrückt. All das musste in den letzten Jahren mühevoll und schmerzhaft korrigiert werden.

Die Krise als Reformmotor

Die Krise bot aber auch die Chance für die EU, sich zu erneuern und Reformen anzugehen. Diese Chance wurde genutzt, ein riesiger Reformschub wurde in Bewegung gesetzt. Die Mitgliedsstaaten haben diese Herausforderungen angenommen und mit aller Kraft neue Wege bestritten. Die vergangenen Jahre waren intensive Jahre für die Union und ihre Mitgliedstaaten. Der Fokus der europäischen Agenda lag und liegt nach wie vor auf dem Wirtschafts- und Finanzbereich, wo es nach der Krisenbewältigung nun vorrangig um die Entwicklung neuer Maßnahmen geht, die das europäische Wirtschafts- und Währungssystem stabiler und krisenfester machen. Zunächst wurden mit der Schaffung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) akute Rettungsmaßnahmen getroffen, um Irland, Portugal, Griechenland, Spanien und später Zypern finanziell zu unterstützen. Die Europäische Zentralbank (EZB) startete ein Staatsanleihenkaufprogramm, gleichzeitig wurden umfassende Reformprogramme in den betroffenen Staaten, aber auch für die gesamt-europäische Wirtschafts- und Währungspolitik in Angriff genommen. All diese Schritte führten zu einer Beruhigung auf den Finanzmärkten.

Diese „Erste Hilfe“ wurde ergänzt durch eine inhaltliche Weiterentwicklung im Wirtschafts- und Währungsbereich. Mit dem „Fiskalpakkt“³

³ Republik Österreich – Parlament: Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01725/imfname_247658.pdf (12.09.2013).

haben sich die EU-Staaten Fiskaldisziplin und Stabilität auferlegt, die mit einer automatischen Schuldenbremse und einem Korrekturmechanismus gesichert werden sollen. Damit diese Reformen nicht wachstumsbremsend wirken, und um die sozialen Folgen der Krise in den Griff zu bekommen, wurde ein „Pakt für Wachstum und Beschäftigung“⁴ verabschiedet. Es wurden Instrumente zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung („Six-pack“) und zur verstärkten Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Euro-Staaten („Two-pack“) verabschiedet.⁵ Die Schaffung einer Bankenunion soll in Zukunft systemische Bankenrisiken, die eine Rettung durch die öffentliche Hand erforderlich machen, verhindern. Ein Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, in Zusammenarbeit mit den Präsidenten der Europäischen Kommission, der EZB und der Euro-Gruppe sieht weitere Elemente zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vor.⁶ Ende 2012 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Fahrplan zur Umsetzung dieser Elemente⁷ Die Krise machte die Konstruktionsfehler der Euro-Zone sichtbar, sie startete damit aber auch einen Reformmotor, der nicht nur Notprogramme zustande brachte, sondern der auch mittel- und längerfristige Reformen in Gang setzte.

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, hat im September 2013 in seiner Rede zur Lage der Union festgehalten, dass Europa in den vergangenen Jahren vieles geleistet hat, was auch von internationalen Partnern etwa im Rahmen der G20 bemerkt werde: „Heute darf ich feststellen, dass die Fakten für uns sprechen: Sie zeigen, dass unsere Anstrengungen erste Früchte tragen und zu überzeugen

⁴ Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012 – Schlussfolgerungen in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/131398.pdf (12.09.2013).

⁵ Europäische Kommission: „Six-pack? Two-pack? Fiscal compact? A short guide to the new EU fiscal governance“ (14.03.2012) in: http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/governance/2012-03-14_six_pack_en.htm (12.09.2013).

⁶ Van Rompuy, Herman et al.: „Towards a Genuine Economic and Monetary Union“ (05.12.2012) in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/134069.pdf (12.09.2013).

⁷ Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates vom 13./14. Dezember 2012 – Schlussfolgerungen in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/134375.pdf (12.09.2013).

beginnen. Insgesamt gesehen verringern sich die Spreads und die am stärksten gefährdeten Länder bezahlen weniger für ihre Kredite. Die Industrieproduktion steigt. Das Vertrauen in die Märkte kehrt zurück. Die Aktienmärkte zeigen gute Ergebnisse. Das Geschäftsklima verbessert sich kontinuierlich und das Vertrauen der Verbraucher wächst zusehends.“⁸

Auch in den von der Krise am schwersten betroffenen Staaten zeichnete sich 2013 wieder eine positive Entwicklung ab. Irland ist bereits 2012 an die Kapitalmärkte zurückgekehrt und die Wirtschaft wächst stetig; in Portugal soll das bislang strukturell negative Leistungsbilanzdefizit ausgeglichen sein, und auch die Konjunktur kommt wieder in Schwung; in Spanien hat die Exportwirtschaft wieder zugelegt; in Griechenland steigt die Wettbewerbsfähigkeit nach einer strikten Haushaltskonsolidierung wieder und in Zypern verläuft die Umsetzung des Reformprogrammes wie vorgesehen.⁹ Insgesamt wird für 2014, erstmalig seit 2008, 26 der 28 EU-Mitgliedstaaten ein positives Wirtschaftswachstum vorausgesagt.¹⁰

Auch die Gerüchte um einen angeblich instabilen Euro haben sich wieder beruhigt. Zu Unrecht wurde in den Medien seit Beginn der Finanz- und Weltwirtschaftskrise von einer „Euro-Krise“ gesprochen, für mich das Unwort der letzten Jahre. Es gab in einigen europäischen Staaten eine Banken- und Staatsschuldenkrise, jedoch gab es keine Währungskrise. Der Euro hat sich während der gesamten Krisenjahre stabil, im Schnitt bei einem Wechselkurs von über 1,3 US-Dollar pro Euro, gehalten.¹¹ Aufgrund der wirtschaftlichen Lage Griechenlands wurde über den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone spekuliert und insbesondere angloamerikanische Medien und Fachleute prophezeiten ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone.¹² Namhafte Institute

⁸ Barroso, José Manuel Durão: Rede zur Lage der Union (11.09.2013) in: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-684_de.htm (13.09.2013).

⁹ Barroso, José Manuel Durão: Rede zur Lage der Union (11.09.2013) in: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-684_de.htm (13.09.2013).

¹⁰ Wirtschaftskammer Österreich: Wirtschaftswachstum – Veränderung der realen BIP (in %) in: <http://wko.at/statistik/eu/europa-wirtschaftswachstum.pdf> (12.09.2013).

¹¹ *Finanzen.net*: Dow Jones-Index Dez 12–Nov 13 in: <http://www.finanzen.net/charttool> (12.09.2013).

¹² *The Economist*: The Euro Zone. Is this really the End? (26.11.2011) In:

stellten anhand von Berechnungen dar, dass ein solches Szenario katastrophale Auswirkungen für die Mitglieder der Euro-Zone hätte, insbesondere für ein Land wie Österreich, das stark von seinen Exporten in die EU abhängig ist. Nach wie vor gehen 70 Prozent unserer Exporte in den EU-Raum. Nach Berechnungen des Instituts für Höhere Studien würde bei einem Zerfall der Eurozone die österreichische Wirtschaft im ersten Jahr um über fünf Prozent schrumpfen und über 100.000 Arbeitsplätze gingen verloren. Insgesamt würde die Arbeitslosigkeit auf über zehn Prozent anwachsen, das heißt, mehr als 188.000 Österreicher würden ihre Arbeitsplätze verlieren.¹³ Durch die raschen Maßnahmen der Euro-Zone konnten die betroffenen Staaten stabilisiert werden. Im Jahr 2014 ist der Zerfall der Euro-Zone kein Gesprächsthema mehr. Die Euro-Zone ist intakt und ist mit dem Beitritt von Lettland von 17 auf 18 Mitglieder angewachsen.

Aber wir sind noch nicht jenseits der Krise und noch nicht am Ende der Reformmaßnahmen. Ganz im Gegenteil. Wir müssen das Wachstum ankurbeln und vor allem Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen sicherstellen, dass Europa im globalen Wettbewerb bestehen kann. Auch wenn die Krise und ihre Auswirkungen uns noch einige Jahre beschäftigen werden, hat die EU in den vergangenen Jahren einen erfolgreichen Reformweg eingeschlagen, der uns gestärkt aus der Krise hervorgehen lässt.

Richten wir den Blick nach vorne

Mit den durch die Krise in Gang gebrachten Reformen im Wirtschafts- und Währungsbereich sind in relativ kurzer Zeit große Schritte erfolgt, die von enormer Bedeutung für die Stabilität der europäischen Wirtschaft und Währung sind. Sie sind aber nicht ausreichend, damit Europa auch weiterhin seine Rolle als globaler Akteur wahrnehmen kann. Und hier komme ich nach meiner Analyse der aktuellen Reformen zu meinem vorausschauenden Teil. Ich möchte dabei nicht zu weit in

<http://www.economist.com/node/21540255> (12.09.2013).

¹³ Keuschnigg, Christian / Weyerstraß, Klaus / Hofer, Helmut / Schwarzbauer, Wolfgang / Skriner, Edith: „Szenarien für die Krise des Euroraums und Folgen für Österreich“ (Oktober 2012) in: http://www.ihs.ac.at/publications/lib/endbericht_szenarien_euroraum.pdf (12.09.2013).

die unvorhersehbare Zukunft greifen, nicht von kühnen Zukunftsträumen der „Vereinigten Staaten von Europa“ oder des „Bundesstaates Europa“ philosophieren, sondern formulieren, welche Änderungen ich in naher Zukunft für notwendig halte und wie ich mir die EU im Jahr 2025 vorstelle.

Die Europäische Union ist ein eigenständiges Gebilde, dessen Aufbau und Institutionen nicht vergleichbar sind mit der Gewaltentrennung demokratischer Nationalstaaten, ein Gebilde „sui generis“, wie es in der Fachsprache heißt. Und in meiner Vorstellung wird und soll die EU das auch bleiben, nämlich ein Raum bestehend aus Nationalstaaten, die Schritt für Schritt enger zusammengewachsen sind und sich gemeinsam weiterentwickeln werden. Den Mitgliedstaaten, die von unterschiedlichen historischen und kulturellen Entwicklungen geprägt sind, muss auch in einer zukünftig engeren und stärkeren EU eine besondere Rolle zukommen. Man kann nicht über Jahrhunderte gewachsene Strukturen mit einem Schlag beseitigen, wie es etwa die Idee von einem „europäischen Bundesstaat“ vorsieht, in der nationale Strukturen auf die europäische Ebene umgelegt und dadurch abgelöst würden.

Ein europäischer Bundesstaat ist keine rasch umsetzbare Option. Die weitere Entwicklung der Union muss sich schrittweise vollziehen. Insbesondere aus dem Grund, um den Menschen in Europa die Möglichkeit zu geben, mit dieser Union mitzuwachsen und diesen Prozess nachvollziehen zu können. Die Entscheidung für eine schrittweise und gegen eine radikale Weiterentwicklung der EU soll jedoch nicht heißen, dass nur kleine Schritte möglich wären, wie zum Beispiel Änderungen, die innerhalb des jetzt gültigen Vertrags von Lissabon möglich sind. Wir sehen bereits jetzt, dass der Vertrag von Lissabon in vielen essenziellen Zukunftsbereichen nicht ausreicht. Auch das Hilfskonstrukt der intergouvernementalen Methode, das heißt, zwischenstaatliche Verträge (wie im Fall des „Fiskalpakts“) je nach Thema und mit unterschiedlichen Gruppen von Beteiligten auszubauen, führt in die Sackgasse. Schon heute – nur vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon – müssen wir die zukunftstaugliche Gestaltung der EU in Angriff nehmen, um den globalen Herausforderungen adäquat begegnen zu können. Die EU muss handlungsfähiger werden und rascher reagieren können. Dazu muss sich die EU inhaltlich wie auch institutionell weiterentwickeln. Auch wenn manchen EU-Politikern die Erinnerung an die zähen Verhandlungen um eine EU-Verfassung und

den schwierigen Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon noch tief in den Knochen sitzt, dürfen wir die Augen vor der Notwendigkeit weiterer Vertragsänderungen und eines EU-Konvents nicht verschließen. Nach Jahren des Krisenmanagements muss der Blick wieder nach vorne gerichtet werden. Die EU sollte mit einem Konvent nach den Wahlen zum Europäischen Parlament starten.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Konvent sind drei Elemente wesentlich:

- I. Ganz oben auf der Tagesordnung muss die weitere Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik stehen. Das heißt, die EU muss ihre Position als globaler Akteur – in Wirtschaft und Politik – festigen und ausbauen. Die EU muss außerdem handlungsfähiger, effizienter und wettbewerbsfähiger werden. Dazu müssen die derzeit vorhandenen europäischen Institutionen gestärkt und die Entscheidungsfindung verbessert werden.
- II. Die EU muss auch in ihrer Größe wachsen und jene Staaten aufnehmen, die die notwendigen Bedingungen erfüllen. Nur ein vereintes Europa ist ein starkes Europa.
- III. Damit die EU überhaupt erfolgreich sein kann, ist es vordringlich, die Bürgernähe zu stärken, die demokratischen Elemente weiter auszubauen und den Bürgern Europas eine tragende Rolle zu geben.

Es gibt bereits eine Vielzahl von Vorschlägen, die im Kreise der europäischen Politiker diskutiert wurden. Auf Initiative des deutschen Außenministers Guido Westerwelle hat eine Gruppe europäischer Außenminister ein Papier mit konkreten Vorschlägen zur Zukunft Europas erarbeitet.¹⁴ Das Papier umfasst Maßnahmen für eine effektivere Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und betont die Notwendigkeit rascher Reformen in diesem Bereich, um die Folgen der

¹⁴ Westerwelle, Guido et al.: Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas (17.09.2012) in: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/626324/publicationFile/171784/120918-Abschlussbericht-Zukunftsgruppe-Deutsch.pdf> (12.09.2013).

Wirtschaftskrise zu überwinden. Hier sind bereits einige Vorschläge in Umsetzung wie etwa der Aufbau einer Bankenunion.

Ein politischer Zwerg? Europas Rolle in der Welt stärken

Zweites wesentliches Element ist die Rolle Europas als globaler Akteur. Europa muss gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik enger zusammenwachsen, da wir Europas Werte und Interessen im Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften und Gesellschaftsmodellen nur gemeinsam wahren können. Die weitere Ausgestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist eines der Hauptthemen, die bei einem Konvent diskutiert werden müssen. Europa muss es schaffen, mit einer Stimme zu sprechen. Dazu müssen vor allem die Mitgliedstaaten bereit sein, gemeinsamen europäischen Positionen Vorrang vor nationalen Interessen zu geben. Es ist auch ein umfassender und integrierter Ansatz notwendig: Neben der „klassischen“ Außen- und Sicherheitspolitik müssen auch Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Erweiterung, Nachbarschaftspolitik, Steuerung von Migration, Klima- und Energiepolitik in diesem europäischen Dossier umfasst sein. Viele globale Problemstellungen lassen sich nicht mehr national lösen, angefangen von Migrationsströmen, Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität oder die Zielvorgaben der internationalen Klimapolitik. Dafür brauchen wir in Zukunft vermehrt europäische Antworten.

Die wesentliche Herausforderung liegt in der Kohärenz und Sichtbarkeit des Außenhandelns, die erhöht werden müssen. Die EU-Mitgliedstaaten müssen bereit sein, der EU-Außenpolitik in Gestalt des Hohen Vertreters mehr Spielraum und ein stärkeres Gewicht zu geben. Wichtig wäre auch, eine international anerkannte Persönlichkeit mit entsprechendem politischem Gewicht und Erfahrung für diese Aufgabe zu gewinnen.

Um die Rolle als globaler Akteur glaubwürdig ausüben zu können, muss auch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union gestärkt werden. Wir brauchen ehrgeizigere Ziele und müssen Überlegungen in Richtung einer europäischen Verteidigungspolitik und einer europäischen Armee anstellen. In diesem Bereich sehe ich die größte Herausforderung, da einige Mit-

gliedstaaten in keiner Weise gewillt sind, Souveränität im Sicherheits- und Militärbereich abzugeben. Es geht jedoch nicht um einen Verzicht auf Souveränität, sondern vielmehr um die Bündelung der Ressourcen und effizientere Nutzung der vorhandenen Mittel. Außenminister Westerwelle hat das folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Die Verteidigungsausgaben der 21 EU-Staaten, die gleichzeitig NATO-Mitglieder sind, beliefen sich im Jahr 2010 auf etwa 268 Milliarden Dollar. Das ist mehr als die Verteidigungsausgaben von China, Japan, Saudi-Arabien, Brasilien und Australien zusammen. Ein großer Teil dieser enormen Ressourcen verpufft jedoch durch ihre Zersplitterung in 21 souveräne, unabhängige Verteidigungshaushalte. Wir wollen deshalb die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ausbauen und stärken.“¹⁵

Eine handlungsfähige EU, die groß in großen Fragen ist

Die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Union lässt sich durch eine Stärkung der Kommission erzielen, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein muss. Zum Beispiel soll der Währungskommissar – parallel zur weiteren Integration im Währungsbereich – mit mehr Kontroll- und Sanktionsrechten ausgestattet sein. Nur so können wir in diesem Bereich effizienter werden und nationale Befindlichkeiten und Schwindeleien überwinden. Die EU muss auch rascher auf neue Herausforderungen reagieren. Dazu muss weiter an der Entscheidungsfindung gearbeitet werden. Die Bereiche, in denen nach wie vor mit Einstimmigkeit entschieden wird, müssen weiter reduziert werden. Vor allem in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir vom Prinzip der Einstimmigkeit abrücken, damit nicht laufend einzelne Staaten die Formulierung gemeinsamer Positionen blockieren.

Zur Verbesserung der Effizienz zählt für mich aber auch eine verstärkte Beachtung der Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Um die Union effizienter zu gestalten, sollte laufend überprüft werden, welche Ebene am besten geeignet ist für die Gestaltung einzel-

¹⁵ Westerwelle, Guido: Rede von Außenminister Guido Westerwelle zur Eröffnung der 12. Konferenz der Leiterinnen und Leiter deutscher Auslandsvertretungen: „Europa in der Welt“ (26.08.2013) in: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/130826-BM_Boko_Eroeffnung.html (16.09.2013).

ner Politikfelder: EU-Ebene, Nationalstaat, Region oder Gemeinde. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, die zeigen, dass Brüssel nicht unbedingt jene Ebene ist, die die besten Einblicke in nationale Eigenheiten und Notwendigkeiten hat. Zu diesem Zweck sollen sich auch die nationalen Parlamente noch intensiver mit EU-Fragen beschäftigen. Ich begrüße sehr, dass Kommissionspräsident Barroso in seiner Rede zur Lage der Union 2013 dieses Prinzip und seine Bedeutung für eine erfolgreiche EU ausdrücklich bekräftigt: „Die EU sollte sich in großen Fragen stark engagieren und in kleineren Fragen zurückhalten – eine Devise, die wir in der Vergangenheit vielleicht das eine oder andere Mal vernachlässigt haben.“¹⁶

Erweiterung

Zu den großen Fragen zähle ich auch die geografische Vollendung des europäischen Einigungswerks. Ohne den Westbalkan bleibt die Europäische Union unvollständig. Ich bin überzeugt, dass die weitere Ausdehnung der Zone der Stabilität und des Wohlstands die EU und unseren Kontinent noch stärker machen wird. Friede und Stabilität sind unabdingbare Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Beide Seiten profitieren von der Erweiterung am Westbalkan. Für die Menschen in der Region wird die Lebensqualität erhöht, Arbeitsplätze werden geschaffen. Für Staaten wie Österreich bedeuten stabile Nachbarstaaten einen erweiterten Absatzmarkt, eine Intensivierung von Handel und Investitionen und damit letztlich Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Im Jahr 2025 sehe ich alle Staaten des Westbalkans als Teil der EU. Andere europäische Nachbarstaaten und -regionen wie Moldawien, die Ukraine oder der Südkaukasus werden in ihrem Assoziierungsprozess näher an die EU gerückt sein – vorausgesetzt, die Russische Föderation ändert ihre derzeit wieder stark aufgeflamnten Ambitionen als regionale Hegemonialmacht. Der Wirtschaftsfaktor und die regionale Rolle der Türkei sprechen dafür, sie als starken Partner der EU zu gewinnen. Ob die Türkei jedoch gewillt ist, die dafür notwendigen Reformen und Anpassungen vorzunehmen, bleibt angesichts der jüngsten innenpolitischen Entwicklungen abzuwarten.

¹⁶ Barroso, José Manuel Durão: Rede zur Lage der Union (11.09.2013) in: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-684_de.htm (13.09.2013).

Eine Union der Bürger

Bei all den Vorschlägen zur inhaltlichen, institutionellen und geografischen Weiterentwicklung der EU ist eines wesentlich: Die EU darf kein Elitenprojekt sein, das den Menschen fremd und abgehoben erscheint. Die europäischen Bürger müssen mit an Bord sein, damit sich die Union in Zukunft weltweit als erfolgreiches Integrationsmodell behaupten kann. Die Bürger müssen sich als Teil der EU fühlen und müssen auch wieder Vertrauen in die Union gewinnen. Der Weg dorthin führt unter anderem über den Ausbau von Mitspracherechten. Zu überlegen ist etwa die Prüfung eines direkten Mitspracherechts bei der Besetzung europäischer Spitzenfunktionen.¹⁷ Die Direktwahl des Kommissionspräsidenten wäre ein erster wesentlicher Schritt. Das würde zu einer stärkeren Identifikation der Bürger mit der Arbeit der Kommission beitragen. Gleichzeitig wäre die Kommission stärker den Bürgern verantwortlich. Auch das demokratische Profil des Europäischen Parlaments muss geschärft werden, es muss näher an den Bürger herangeführt werden. Europa-Wahlen müssen an Attraktivität gewinnen, wie etwa durch die Nominierung von europaweiten Spitzenkandidaten, die auch Kandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten sein könnten.

Das Interesse der Bürger an der EU zu wecken, ist eine zentrale Herausforderung für eine erfolgreiche Zukunft der EU. Die Menschen fühlen sich schlecht informiert, die EU ist ein fernes, komplexes Gebilde. Das geht aus allen Umfragen hervor und überrascht nicht, wenn wir an technische Regelungen wie „EFSS“, „ESM“ oder „Six-pack“ denken. Es geht um sachliche und verständliche Information. Und hier sind alle Ebenen gefordert, diese Verantwortung kann nicht allein auf die EU-Institutionen abgewälzt werden. Europa muss näher an den Bürger gebracht werden, beginnend bei der Gemeinde-, über die Landes- bis zur Bundesebene. Wir müssen auch früher mit EU-Information ansetzen. Bereits in der Schule muss europäische Integration und das Leben in der EU vermittelt werden. Für nächste Generationen wird Europa als übergeordnete Heimat ein fester Teil ihres Lebens sein.

¹⁷ Österreichische Volkspartei: „Zukunftsweisend. Österreich 2018: Das Programm der ÖVP zur Nationalratswahl 2013“ in: <http://www.oevp.at/wahl2013/Alle-Infos.psp> (07.11.2013) S. 65 ff.

Und das bringt uns wieder zum Manifest von Coudenhove-Kalergi: Auch er plädierte dafür, dass Europa in den Köpfen und Herzen seiner Völker lebendig werden müsse, ehe es auf der Weltkarte entstehen könne. Unser Hauptanliegen sollte daher sein, die Bürger nicht aus den Augen zu verlieren und sie für dieses einzigartige und erfolgreiche Projekt zu gewinnen.

Literatur

Barroso, José Manuel Durão: Rede zur Lage der Union (11.09.2013) in: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-684_de.htm (13.09.2013).

Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus, 1922: „Plan für die Errichtung einer paneuropäischen Republik“ in: *DiePresse.com*, 165 Jahre Jubiläumsausgabe vom 29.06.2013, http://diepresse.com/home/165jahre/1424436/1922_Plan-fuer-die-Errichtung-einer-paneuropaeischen-Republik?direct=1424436&_vl_backlink=/home/165jahre/1424440/index.do&selChannel=2969 (12.09.2013).

Europäische Kommission: „Six-pack? Two-pack? Fiscal compact? A short guide to the new EU fiscal governance“ (14.03.2012) in: http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/governance/2012-03-14_six_pack_en.htm (12.09.2013).

Finanzen.net: Dow Jones-Index Dez 12–Nov 13 in: <http://www.finanzen.net/charttool> (12.09.2013).

Keuschnigg, Christian / Weyerstraß, Klaus / Hofer, Helmut / Schwarzbauer, Wolfgang / Skriner, Edith: „Szenarien für die Krise des Euroraums und Folgen für Österreich“ (Oktober 2012) in: http://www.ihs.ac.at/publications/lib/endbericht_szenarien_euroraum.pdf (12.09.2013).

Merkel, Angela: Rede beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum Davos, Davos 2013 in: <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html> (12.09.2013).

Österreichische Volkspartei: „Zukunftsweisend. Österreich 2018: Das Programm der ÖVP zur Nationalratswahl 2013“ in: <http://www.oevp.at/wahl2013/Alle-Infos.psp> (07.11.2013).

Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012 – Schlussfolgerungen in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/131398.pdf (12.09.2013).

Republik Österreich – Parlament: Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01725/imfname_247658.pdf (12.09.2013).

The Economist: “The Euro Zone. Is this really the End?” (26.11.2011) in: <http://www.economist.com/node/21540255> (12.09.2013).

Van Rompuy, Herman et al.: “Towards a Genuine Economic and Monetary Union” (05.12.2012) in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/134069.pdf (12.09.2013).

Westerwelle, Guido et al.: Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas (17.09.2012) in: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/626324/publicationFile/171784/120918-Abschlussbericht-Zukunftgruppe-Deutsch.pdf> (12.09.2013).

Westerwelle, Guido: Rede von Außenminister Guido Westerwelle zur Eröffnung der 12. Konferenz der Leiterinnen und Leiter deutscher Auslandsvertretungen: „Europa in der Welt“ (26.08.2013) in: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/130826-BM_Boko_Eroeffnung.html (16.09.2013).

Wirtschaftskammer Österreich: Wirtschaftswachstum – Veränderung der realen BIP (in %) in: <http://wko.at/statistik/eu/europa-wirtschaftswachstum.pdf> (12.09.2013).

Wilfried Martens[†]

The future of Christian democratic parties in Europe

Abstract

In order to provide a considered opinion into what the future may hold for Christian democratic parties in Europe, it is crucial to examine the movement's origins and also to reflect upon one's own personal experience of being involved with that movement. Therefore, this article consists of three distinct sections. First, I recall the philosophical roots of Christian democracy in Europe. This, mainly academic review, is then followed by reflections on my personal experiences as president of the Flemish Christian Democratic Party and (since 1990) as president of the European People's Party. Finally, I conclude by identifying what I perceive to be the main challenges facing Christian democratic parties in Europe.

What is a Christian democratic party? Some philosophical reflections

The term ‘Christian democracy’ originally referred to a 19th century movement of Catholics who were concerned with social issues and particularly the fate of ‘the people’ (e.g. workers, farmers). The 1891 Papal encyclical *Rerum Novarum* (‘Of New Things’) inspired the emergence of a number of new Catholic organisations which joined existing confessional parties in promoting social justice and alleviating poverty. As ‘Christian democrats’ began to become more politically engaged, the term acquired political connotations (particularly prior to the Second World War). Then, ‘Christian democracy’ referred to the labour wing of the Catholic parties. Following the Second World War, the term ‘Christian democracy’ began to appear in the names of various Western European parties that built upon the foundations laid by the (often exclusively Catholic) confessional parties which had preceded them.

Christianity is obviously the most basic element of Christian democracy. It naturally follows that Christianity plays a key role in influencing political beliefs. Christianity (or more precisely, the gospel), however,